

Mit Bundeswehr nach Libyen?

Politik | Frei sieht Europäische Union in der Pflicht, Probleme von Nachbarn zu lösen

Er redet nicht um den heißen Brei herum: Thorsten Frei (CDU) fordert, Deutschland müsse in Libyen als »ordnende Macht« auftreten und dafür sorgen, dass der Frieden eine Chance hat.

■ Von Katja Fuchs

Oberndorf. Die Libyen-Konferenz in Berlin brachte ein Waffenembargo auf den Weg. Die Konfliktparteien sollen nicht

mehr beliefert werden. Wenn die Waffenruhe nicht zum stabilen Waffenstillstand werde, meint Frei (Bild) im Redaktionsgespräch mit unserer Zeitung, spüre Deutschland bald die Auswirkungen in Form steigender Flüchtlingszahlen.

Deshalb müsse jemand dafür sorgen, dass die Abmachungen eingehalten werden. Der Politiker sieht dabei die EU in der Verantwortung. »Wir müssen aufhören zu glauben, dass andere die Prob-

leme in der Nachbarschaft lösen.« Auch Deutschland müsse sich »engagieren«. Er fordert größere Investitionen in Verteidigung und eine stärkere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.

Weniger weit entfernt, doch aus CDU-Perspektive ebenfalls kompliziert, ist aktuell Thüringen. Eine Kooperation der CDU mit »radikalen Parteien«, wie Frei AfD und Linke nennt, sei unmöglich. Die rot-rot-

grüne Minderheitsregierung wäre jedoch auf Unterstützung der Opposition angewiesen.

»Wir können nicht mit Kommunisten zusammenarbeiten«, macht er deutlich. Das stelle die Glaubwürdigkeit seiner Partei infrage, sorgt sich der CDU-Politiker. Als Opposition sei man zwar nicht immer gegen die Regierung, doch es könne und dürfe »keine Verabredung mit einer Regierung geben, die von einem linken Ministerpräsidenten geführt wird«.

► **Dritte Seite**

